

Nebenamt des Großen Generalstabes kam. Am März 1887 wurde er in den Großen Generalstab versetzt und im Oktober 1888 zum Major befördert. 1890 kam er zum Generalstab der 14. Division, 1891 zu dem des XVII. Armeekorps und 1892 wurde er Bataillondomäneur im 62. Infanterie-Regiment. Im Juni 1894 wurde er als Oberleutnant stattdienerlicher Stabschef des 11. Grenadier-Regiments in Breslau, wo er bis 1. Oktober 1895 blieb, um dann Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab zu werden. In dieser Stellung rückte er am 22. März 1897 zum Oberst und am 18. April 1900 zum Generalmajor auf.

General Budde galt als sehr befähigter Offizier und hatte, wie es heißt, die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich gezogen, als er als Kommissar der Regierung im preußischen Abgeordnetenhaus die Kanalvorlage von militärischen Standpunkten aus vertheidigte. Er war beehrt seit einigen Wochen als Nachfolger des Ministers v. Thielmann bezeichnet. Doch begegnete diese Meldung von anderer Seite Zweifel, weil man nicht glaubte, daß der General die unabdingbare und glänzend dottierte Stelle, die er bisher inne hatte, aufgeben würde, um das dornenvolle Amt eines Ministers zu übernehmen. Als Symptom wollen wir schließlich nicht zu erwähnen vergessen, daß selbst die Blätter, die bei ähnlichen Anlässen sich zum Zusammensetzen verpflichtet halten, ihr Erstaunen über die Berufung eines Militärs auf den Ministerposten nur ganz nebenbei mitteilen. Es soll an der unbestrittenen Tugend des neuen Mannes oder an der abweichenden Macht der Gewohnheit liegt, sei dahingestellt. jedenfalls ist zu hoffen, daß Herr Budde die eigentlich freundliche Aufnahme vollaus rechtfertigen werde.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 24. Juni. „Schaffer's Bureau“ meldet, Prinz Max von Sachsen werde im August auf Wunsch Königs Georg's seinen da zu stehenden Aufenthalt am Dresdner Hof nehmen; er sei, wie aus evangelischen Kreisen verlautete, für das Appellat die Bicariat im Königreich Sachsen eingeschlagen. Die Meldung beruht lediglich auf ziemendziöser Erfahrung. Wie wir aus authentischer Quelle erfahren, ist an eine solche Absicht auch nicht im Entfernen zu denken. Einigemal sind sich darüber auch längst klar gewesen. Prinz Max hat die Freude seines Untels nicht mal am Bahnhofe empfangen, er ist nicht mit im Reisezuge gegangen, er hat sich nicht mit unter den Geistlichen befinden, die den Kontakt an der Hoffrethe erwarteten, er hat bei der Feierlichkeit nicht als Geistlicher sich beteiligt, sondern als Feldprediger in der dritten Reihe gefeiert. Es ist ihm nicht einmal gesattelt worden, morgen das Requiem, bei dem nicht gezwungen wird, abzuhalten. Die Bezeichnung des Prinzen in das Appellat-Bicariat ist schon deshalb ein Anding, weil der Prinz zu dieser Stellung viel zu jung ist. — Auch die fernere Meldung von „Schaffer's Bureau“, der außerordentliche Landtag werde am 7. Juli zu einer zehntägigen Tagung zusammentreten, ist falsch. Die ursprüngliche Absicht, den Landtag für höhere Zeit einzuberufen, ist aufgegeben worden. Er wird in den nächsten Tagen zusammenkommen. Ein Termin für die Eröffnung ist jedoch noch keineswegs festgesetzt, die Ministerierung, die darüber entschieden soll, wird Mittwoch oder Donnerstag stattfinden. Die Dauer der Tagung ist noch nicht genau bestimmt, sie wird aber vier bis sechs Tage nicht überschreiten.

→ Berlin, 24. Juni. (Aus dem Denkmüddigkeiten Albrecht's von Stoß.) Im demnächst erscheinenden „Jahrbuch der Deutschen Recht“ wird auf Seite 24—25 ein weiterer höchst interessanter Abschnitt aus dem Denkmüddigkeiten Albrecht's von Stoß mitgetheilt. Was vor allen die Aufmerksamkeit auf sich lenkt, ist der Umstand, daß und das Verhältnis Stoß's zu Bischof in einer neuen Abhandlung gezeigt wird. Bekanntlich ging aus den bisher veröffentlichten Denkmüddigkeiten Stoß's her vor, welche tiefschlägige Entwicklung zwischen ihm und Bismarck nach dem Kriege von 1866 deutlich eingetreten war, weil Bismarck an der von Stoß abgeschlossenen Militärkonvention mit Sachsen eine sehr scharfe Kritik geübt hatte. In der Beurteilung hierüber hat Stoß namentlich in Briefen an Gustav Treysing über die „Unterwertherrschaft“ Bismarck's u. a. gestraft und entsprechende Kritik in den „Grenzboten“ angeregt. Das gehabt noch im März 1868. Seit dem Herbst desselben Jahres liegen aber nunmehr Beweise aus Stoß's Feder dafür vor, daß seine Beurteilung gegen Bismarck von der Erkenntnis der anschließenden Bedeutung, die Bismarck für die Eingang Deutschlands hatte, nicht standhielt. „Man kann festhalten“, schreibt Stoß am 7. September 1868 an G. Treysing, „daß für die Entwicklung Deutschlands Bismarck's Autorität dem preußischen Particularismus gegenüber dringend nötig ist.“ Ende 1868 verzeichnet Stoß in seinem Tagebuch die vorzeitige Wiederherstellung Bismarck's und des Preußischen Aufstiegs, er sei wieder zu allen leichten Sitzungen aufgelegt, um einzutragen: „Sollte Jetten... wo er mit ruhigen Personen arbeitet und sich von der Widerhaartigkeit der Anderen nicht ansehn kann, waren immer die erfolgreichsten für den Gang der Politik.“ — Am 5. Februar 1869 berichtet Stoß dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm: „Im preußischen Staatsministerium macht sich augenblicklich eine bedeutende Opposition gegen den Grafen Bismarck geltend; sie bemüht dazu die Einführung eines Bundesministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten und der preußischen Particularismus wird dabei besonders herausgehoben. Da es für uns schwer ist, daß Stoß in diesem Kampfe Sieger bleibt, so möchte ich Ew. Kgl. Hoheit bitten, ihn nach Kräften zu unterstützen, ebenfalls jetzt in Holz seiner „Tactlosigkeit“ in Ew. Kgl. Hoheit. Danach, über die Ew. Kgl. Hoheit so verhüntet zu haben, noch gegen ihn Schritte zu thun. Graf Bismarck ist der Einzige, der uns vorwärts hilft.“ — Das Eintritts für Bismarck unter den im Vorstehenden angeführten Verhältnissen darf als besonders charakteristisch gelten. Es kann daher nicht übersehen, wenn Stoß es in einem Brief an Treysing eine ungerechte Beurteilung Bismarck's nennt, so lagern der Grundton des Bismarck'schen Charakters sei Wangen an Erfurt und, wenn er fortfährt: „Bismarck ist frisch und lebt in Gedanken und fällt in dem, was er will; seine Ziele wird er nie über hinaus stellen, was ihm zu erreichen möglich. Menschen und Verhältnisse die ihm dabei ihre Wege stehen, zerbricht er rücksichtslos. Dieser kommt aber sehr durchaus monarchische Gefüllung in Beziehung, die ihm angeboren ist. Den Liberalismus und die Versöhnung gebracht Bismarck nur, um den König und die Conservativen zu leiten und zu bilden, nie aber als ein berichtigtes Maßreglement. Bismarck will ein einiges, monarchisches Deutschland, und diesem Ziele freuen auch zu, also lassen Sie ihn gewähren.“ — Auch in der Frage der Abberzung des preußischen Gesandten Grafen Uebel vom italienischen Hof hat sich Stoß schließlich auf den Standpunkt Bismarck's gestellt. Von Bismarck sind unter den sonstigen Ausführungen Stoß's die über die französische Kriegspartei.

Während des Kronprinzenbefehls am italienischen Hofe (1869) sprach sich Prinz Napoleon von dem Kronprinzen gegenüber laut Stoß's Reisejedebuch folgendermaßen aus: „Er (Prinz Napoleon) für seine Person wolle Alles ihm, was im Stande wäre, den zwischen Preußen und Frankreich drohenden Krieg zu verhindern. Unter einem Siege der

Frankosen würde die Cultur leben; daß die Preußen Herren blieben, könnte er natürlich noch viel weniger wünschen. Zum Kriege aber dränge vor allem die katholische Kirche...“ — Stoß mußte hierüber ausführlich nach Berlin berichten. Offenbar auf Grund der bei dieser Gelegenheit gemachten Einbrüche schreibt Stoß am 8. Juni 1868 an v. Holzendorff aus Berlin: „Von großer Politik weiß ich nur wenig. Hier hat man allgemeine friedliche Ansichten. Die gute katholische Kaiserin Eugenie steht gegen das proletarische Deutschland und wird dadurch von einer sehr starken, mächtigen Partei unterstützt. Von Brüder ist Napoleon, und es ist nicht vorauszusehen, wann es zum Klappen kommen wird.“ — Aus einem Briefe an Treysing vom 5. Juli 1868 gehört nun folgende Mittheilung hierher: „Nach Ankunft des Prinzen Napoleon vorwährt nur die katholische Kirche den Krieg, und sie sich bewegt so, daß nur aus der Niederwerfung Preußens Rom's Macht neu erbauen kann. Da liegt die Kriegsgefahr.“ — Sowohl Stoß als die Kaiserin Eugenie Bezug nimmt, soweit er erinnert, das Gehör v. Soden in seinem „Reise-Blättern und Erinnerungen zur Begründung des Deutschen Reichs“ der französischen Kaiserin diese Rolle für den Ausbruch des Krieges nicht zuschreibt.

* Berlin, 24. Juni. (Congress für internationales Seerecht.) Der internationale Ausschuss zur Förderung maritimer Interessen, der in Belgien seinen Sitz hat und auch in fast allen europäischen Ländern in den Vereinigten Staaten und Japan Bicameral vertretenen besteht, die Vorarbeiten für den am 25. und 27. September d. J. in Hamburg stattfindenden Congress für internationales Seerecht so weit abgeschlossen, daß ein Überblick über die Beteiligung der einzelnen Länder und die zur Verhandlung kommenden Fragen ermöglicht ist. Schon 1885 in Antwerpen und 1888 in Brüssel haben sich internationale Congresse mit der einheitlichen Behandlung des Seerechts beschäftigt, einer Frage, die für den gesammelten internationalen Handelsverkehr von weittragender Bedeutung ist und mehr oder weniger im Interesse aller an Überseehandel beteiligten Ländern liegt. So ist es den Bemühungen des Ausbildungsgelehrten, neben Deutschland, England, Österreich, Spanien, Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Schweden und Norwegen auch Ungarn, das in Hinsicht eines der wichtigsten Daten des Abfahrtshafens und einer zahlreichen Schiffahrtstreibenden Bevölkerung besitzt, zum Bekritis in die internationale Vertretung zu verlassen. An der Spitze des Staatsanwaltschaften der ungarischen Monarchie gesetzte Alfonso Apponyi, und als Vicepräsidenten der Gouverneur von Nieme und der Stadtbevölkerung des ungarischen Handelsministeriums. Wie in den übrigen Staaten, in denen derartige Vereinigungen bereits seit längerer Zeit bestehen, sind die Mitglieder des Comité Jubiläum oder Vertreter von Versicherungshäusern, Reederei-Gesellschaften, ferner Rechtsglehrten, sowie andere an der Schaffung eines einheitlichen Ansons für internationales Seerecht interessierte Personen. Es muss somit den Verhandlungen in Hamburg, die unter dem Vorlage des belgischen Staatsministers Becker et Cattin stattfinden sollen, ein Bedeutung zuverlaßt werden, welche die Annahme sicherstellt, daß diesmal die Verhandlungen zu einem definitiven Abschluß führen und durch die endgültige Regelung der wichtigsten Fragen auf dem Gebiete des internationales Seerechts ein bleibendes Ergebnis erhofft. Hierher gehören in erster Linie das Anlandungsrecht und die Frage der der Verpflichtung zur Hilfeleistung auf höher See, womit bereits die früheren Congresse, wenn auch nur mit teilweischem Erfolg, sich beschäftigt haben. Neuverträge haben die seiner Zeit für die allgemeine Durchführung dieser Aufgaben ausgestellten Grundzüge wesentliche Veränderungen erkannt, so daß die Annahme eines internationalen Abkommen auf der jeweiligen Basis nicht ausgeschlossen erscheint.

○ Berlin, 24. Juni. (Telegramm.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die „Böhmische Zeitung“ erläutert in der Einladung, die der Marinestaatssekretär für eine Anzahl Reichstagssitzungen bereitstellt, daß Bismarck ergebnisse lassen, die Einleitung einer größeren Marinevorlage und sieht sich damit zur Verhinderung möglicher Kombinationen her. Es ist allgemein bekannt und bei den Verhandlungen gelegentlich des Flottengesetzes von 1900 ausdrücklich betont, daß vom Jahre 1906 ab die Verhinderung des Auslandsschlotes bedacht ist. Die gelegliche Festlegung der Vermehrung, die damals im Einverständnis mit den verbliebenen Regierungen vertragt wurde, wird nach der Eröffnung des Marinestaatssekretärs in der Reichstagssitzung vom 7. Februar 1902 voransichtlich in der Session 1904/05 erneut angenommen. Neben der Art einer solchen Vorlage kann jetzt Wiederauflage angesetzt, so noch unserer Ansicht recht überflüssig, da selbstverständlich noch dieser Richtung hin noch feinerlei Entwicklungen an den maßgebenden Stellen gezeigt sein können.

— Der Kaiser hat auf Anhieb seines würdigen Besuches in der Stadt Roer's den dortigen Krankenhaus Bethanien aus seiner Privatschatulle eine Summe von 5000 Mk. überweisen lassen.

— Das preußische Staatsministerium zählt jetzt, nachdem der Generalmajor a. D. Budde zum Nachfolger Thielmanns ernannt worden ist, vier Voraussichtlich in seiner Rente. Der älteste dem Range nach ist der Kriegsminister, General der Infanterie v. Gohler, ihm folgt der Staatsminister ohne Portefeuille Vice-Admiral v. Tippels, diesem der Landwirtschaftsminister, Generalleutnant v. Podbielski, dann der Minister der öffentlichen Arbeiten, Generalmajor Budde. Ihnen gesellt sich als Jüngster, wenn auch nicht als Berufsoffizier, so doch als Inhaber einer Gorge in der aktiven Armee, der vor wenigen Tagen zum Oberst a. la suite der Armee ernannt Präsident des Staatsministeriums Graf v. Bülow hinzu. — Der älteste der Staatsminister nach der Ernennung ist nach Thielmanns Abgang der Justizminister Schönfeld, der nunmehr als Staatssekretär des Vorsitzenden fungieren wird.

— Die mitgetheilte schriftliche Ablage des Vorsitzenden des nassauischen Bauernbundes an den Vorsitz des Bundes der Landwirthe ist nun doch auch von der „Dtsch. Presse“ abgedruckt worden. Schon mag ich das angenommen sein, den sie wohl sein Wort darauf zu legen. Der Schmerz ist groß.

— In ihrer Berichterstattung über den Verlauf des Gesetzablasses des Corps „Vorwärts“ in Bonn, an dem, wie geschildert, auch der Kaiser teilnahm, schreibt die „Allgemeine Zeitung“: „Aur noch 3 Uhr erschien der Kaiser im Festsaal. Vor dem Ehrenplatz zwischen Generaloberst von Bülow und dem ersten Oberst des Corps von Bentheim einnahm, hatte er ein anscheinend ereignes Gespräch mit dem Fürsten Herzberg Bismarck, wobei letzter den Kaiser wiederholte zu unterbrechen versucht. Der Kaiser begrüßte dann freundlich den Vorsitzenden von Roer.“ — Am Abend, beim Sommers, war auch Bismarck ebenfalls erschienen. Auch Bismarck nahm den Kaiser von seiner Anwesenheit her und sprach mit ihm in sehr angenehmer und freundlicher Weise. Es kann daher ein verständnisvoller Zwischenfall beim Diner nicht fälschbar gemacht werden.

— Staatssekretär von Thielmann wird der „Allg. Blg.“ folgende Jahre dauernden Wohlfahrt in Böhmen erhalten, doch wird er auch in nächster Zeit eine längere Schulungskreis unternehmen. Auch beschäftigt er, im Schulkreis nächst Jahres mit seiner Gemahlin eine Reise nach Japan zu unternehmen.

— Graf Motjalais, der japanische Staatsmann, zu dessen Ehren der kleine Ritter-Club ein fröhliches Festmessen veranstaltet hatte, ist gekommen und Böhmen abgereist, um im Rathause

des Milde des englischen verhinderten Erneuerungsbürokratien beizutreten.

○ Berlin, 24. Juni. (Telegramm.) Die Reichstagssitzung ordneten Graf v. Solberg-Wernigerode, Graf Orlow, Dr. Liedemann und Dr. Baden, die hier eingetroffen waren, mitten auf Einladung des Staatssekretärs v. Tiepich eine lange Fahrt an Bord des Kreuzers „Nord“ in See.

○ Hamburg, 24. Juni. (Telegramm.) Der Kaiser ist heute Vormittag 9 Uhr 55 Min. hier eingetroffen. Er begab sich um 11 Uhr 45 Minuten an Bord der auf der Reede liegenden Yacht „Weisse“ und fuhr um 1 Uhr die Ede aufwärts zur Regatta.

* Dortmund, 23. Juni. Eine große Polenversammlung beschloß, nach Ankunft des Prinzen Napoleon vorwährt nur die katholische Kirche den Krieg, und sie sich bewegt so, daß nur aus der Niederwerfung Preußens Rom's Macht neu erbauen kann. Da liegt die Kriegsgefahr.“ — Sowohl Stoß als die Kaiserin Eugenie Bezug nimmt, soweit er erinnert, das Gehör v. Soden in seinem „Reise-Blättern und Erinnerungen zur Begründung des Deutschen Reichs“ der französischen Kaiserin diese Rolle für den Ausbruch des Krieges nicht zuschreibt.

* Bielefeld, 23. Juni. Als sozialdemokratischer Kandidat für die nächsten Reichstagssitzungen trat der Kreisligapreisträger Prediger Weller in Auktions gekommenen Form an.

* Altenburg, 23. Juni. Herzog Ernst traf heute, von Hammelbahn kommend, auf dem bieghen Festenkleid ein und wird sich morgen wieder nach Hammelbahn zurückziehen. — Der bieghen Hof legt um den König Albert von Sachsen drei Wochen lang Trauer an.

* Bielefeld, 23. Juni. Als sozialdemokratischer Kandidat für die nächsten Reichstagssitzungen trat der Kreisligapreisträger Prediger Weller in Auktions gekommenen Form an.

* St. Johann, 23. Juni. Eine Interpellation wegen einer unbekleideten Figur auf dem Rathausplatz-Brunnen stand in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Der Antrag, eine gesetzliche Commission mit der weiteren Verarbeitung der Angelegenheit zu betrauen und die Figur andernorts aufzustellen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte mit allen gegen die Stimmen der beiden

Gesetzgebungs-Kommissionen.

* Berlin, 24. Juni. (Telegramm.) Die Sitzung des Reichstagssitzung begann die Verarbeitung der Positionen 438 bis 442 (Bonn). Position 438 verlangt für einbrüderliches Barn, roh, bis Nr. 17 englisch, 9 L. bis Nr. 25 15 L. bis Nr. 45 18 L. bis Nr. 40 24 L. bis Nr. 70 30 L. bis Nr. 100 30 L. über 100 42 L. Zoll. Position 440 verlangt für gebrechtes und gefährliches Barn zu den vorigen Tagen einen Zuschlag von 10 L. Position 440 für erwidriges, einmal gewirkt, roh, einen Zollzuschlag von 3 L. für gebrechtes einen Zollzuschlag von 13 L. Position 441 für drei- oder mehrbrüderliches Barn gewirkt, roh, 30 L. gebrechtes und mehrbrüderliches, wiederholtes gewirkt, roh, 30 L. gebrechtes 30 L. Dieser Zuschlag liegt um den König Albert von Sachsen drei Wochen lang Trauer an.

* Bielefeld, 23. Juni. Als sozialdemokratischer Kandidat für die nächsten Reichstagssitzungen trat der Kreisligapreisträger Prediger Weller in Auktions gekommenen Form an.

* St. Johann, 23. Juni. Eine Interpellation wegen einer unbekleideten Figur auf dem Rathausplatz-Brunnen stand in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Der Antrag, eine gesetzliche Commission mit der weiteren Verarbeitung der Angelegenheit zu betrauen und die Figur andernorts aufzustellen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte mit allen gegen die Stimmen der beiden

Gesetzgebungs-Kommissionen.

* Bielefeld, 23. Juni. Eine Interpellation wegen einer unbekleideten Figur auf dem Rathausplatz-Brunnen stand in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Der Antrag, eine gesetzliche Commission mit der weiteren Verarbeitung der Angelegenheit zu betrauen und die Figur andernorts aufzustellen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte mit allen gegen die Stimmen der beiden

Gesetzgebungs-Kommissionen.

* Bielefeld, 23. Juni. Eine Interpellation wegen einer unbekleideten Figur auf dem Rathausplatz-Brunnen stand in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Der Antrag, eine gesetzliche Commission mit der weiteren Verarbeitung der Angelegenheit zu betrauen und die Figur andernorts aufzustellen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte mit allen gegen die Stimmen der beiden

Gesetzgebungs-Kommissionen.

* Bielefeld, 23. Juni. Eine Interpellation wegen einer unbekleideten Figur auf dem Rathausplatz-Brunnen stand in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Der Antrag, eine gesetzliche Commission mit der weiteren Verarbeitung der Angelegenheit zu betrauen und die Figur andernorts aufzustellen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte mit allen gegen die Stimmen der beiden

Gesetzgebungs-Kommissionen.

* Bielefeld, 23. Juni. Eine Interpellation wegen einer unbekleideten Figur auf dem Rathausplatz-Brunnen stand in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Der Antrag, eine gesetzliche Commission mit der weiteren Verarbeitung der Angelegenheit zu betrauen und die Figur andernorts aufzustellen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte mit allen gegen die Stimmen der beiden

Gesetzgebungs-Kommissionen.

* Bielefeld, 23. Juni. Eine Interpellation wegen einer unbekleideten Figur auf dem Rathausplatz-Brunnen stand in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Der Antrag, eine gesetzliche Commission mit der weiteren Verarbeitung der Angelegenheit zu betrauen und die Figur andernorts aufzustellen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte mit allen gegen die Stimmen der beiden

Gesetzgebungs-Kommissionen.

* Bielefeld, 23. Juni. Eine Interpellation wegen einer unbekleideten Figur auf dem Rathausplatz-Brunnen stand in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Der Antrag, eine gesetzliche Commission mit der weiteren Verarbeitung der Angelegenheit zu betrauen und die Figur andernorts aufzustellen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte mit allen gegen die Stimmen der beiden

Gesetzgebungs-Kommissionen.

* Bielefeld, 23. Juni. Eine Interpellation wegen einer unbekleideten Figur auf dem Rathausplatz-Brunnen stand in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Der Antrag, eine gesetzliche Commission mit der weiteren Verarbeitung der Angelegenheit zu betrauen und die Figur andernorts aufzustellen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte mit allen gegen die Stimmen der beiden

Gesetzgebungs-Kommissionen.

* Bielefeld, 23. Juni. Eine Interpellation wegen einer unbekleideten Figur auf dem Rathausplatz-Brunnen stand in der letzten Sitzung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Der Antrag, eine gesetzliche Commission mit der weiteren Verarbeitung der Angelegenheit zu betrauen und die Figur andernorts aufzustellen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte mit allen gegen die Stimmen der beiden